

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13008.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Verlegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Heftiger Artilleriekampf in Flandern.

Die Alldeutschen und Michaelis.

Die Politik Bethmann Hollwegs hatte keine stark persönliche Note. Die heftigen Angriffe, die auf ihn gerichtet wurden, haben nur den Schein erweckt, als sei er der richtunggebende Faktor in der Politik der deutschen Regierung gewesen. In Wirklichkeit führte er bei den Entscheidungen, die über die Richtung der deutschen Politik während des Krieges getroffen wurden, nur eine Stimme. Seine Politik war abhängig von dem Entschluß verschiedener Faktoren, zu denen der deutsche Reichstag nicht gehörte. Auf ihn und diese Faktoren aber, die im Kronrat — eine Institution, die die deutsche Verfassung nicht kennt — zur Geltung kommen, wirkten die Ereignisse des Krieges. Ihr Entschluß war das Resultat von Erwägungen über die militärische Lage an den Fronten und über die inneren Zustände Deutschlands und der ihm verbündeten Staaten.

Diese Erwägungen aber haben nie eine vollkommene und öffentliche Zustimmung zu den weitgehenden Eroberungsplänen der Alldeutschen ermöglicht. Trotz des gleichen Strebens, trotz der Gleichheit des Willens erkannte man in diesen Kreisen die Unmöglichkeit, die erstrebten Ziele zu erreichen. Diese Kreise rechneten anders, als die unverantwortlichen alldeutschen Politiker, für sie stand mehr auf dem Spiele. Während die Alldeutschen, die sich in der Presse ausgeben, eine prinzipiell annexionsistische Politik treiben, nach Zielen streben, die von vornherein fest umrissen sind, verfolgen diese Kreise eine opportunistische Eroberungspolitik, sie wollen nehmen, was erreichbar ist.

Das Maß des Erreichbaren aber schwankte beträchtlich im Verlauf der Ereignisse, woraus sich das sonderbare Schwanken der Regierungspolitik unter Bethmann Hollweg erklärt. In diesen Schwankungen aber zeigte sich eine feste Tendenz: die Regierung wurde durch die Verhältnisse Schritt für Schritt vorwärtsgebrängt in der Richtung des Friedens. Dieser Entwicklungsprozeß hätte beschleunigt werden können, wenn starke politische Parteien im Reichstag die Regierung in dieser Richtung vorwärtsgebrängt hätten. Davon aber war keine Rede. Die abhängigen Sozialisten, die sich diese Entwicklung der Regierungspolitik als Erfolg zuschreiben, haben im Gegenteil diese Entwicklung durch ihre Politik verzögert. Sie haben das Volk getäuscht über die Absichten der Regierung, und die Regierung über die Stimmung im Volke.

Diese Entwicklung seiner Politik aber hat Bethmann Hollweg die bittere Feindschaft der Alldeutschen zugezogen. Er stürzte, Michaelis trat an seine Stelle. Er wurde von den Alldeutschen warm begrüßt. Sie wußten, daß er der Vertrauensmann der Männer war, die im Kronrat eine wichtige Stimme führen, und die auf andern Felde wichtige Entscheidungen zu treffen haben.

Der neue Kanzler ist jedoch von denselben Faktoren abhängig wie seinerzeit Bethmann Hollweg. In seiner Politik kam die Sympathie mit dem Eroberungswillen der Alldeutschen um eine Nuance deutlicher zum Ausdruck, aber schließlich mußte er in dieselbe Bahn geraten wie sein Vorgänger. Seine Antwortnote auf die Note des Papstes ist der deutlichste Beweis dafür. Diese Note wurde von der alldeutschen Presse zunächst als Fleiß von ihrem Fleische hingestellt — trotz aller Kritik. Spätere Veröffentlichungen jedoch zeigten, daß die Alldeutschen stark bedenklich wurden, und schließlich sind sie dazu übergegangen, Michaelis und seiner Regierung die offene Kriegserklärung zu überreichen.

„Es ist ne laufige Zeit“, so können die Alldeutschen mit jenem alldeutschen Berliner sagen, den sie in ihrem Berliner Organ über das „Desänteressement“ Michaelis' an Belgien ränzonieren lassen. Der neue Kanzler, den sie für ihren Vertrauensmann hielten, entwickelt sich immer mehr in Bethmann Hollwegscher Richtung.

Wenn wirklich im Kronrate das Desinteressesment an Belgien beschlossen worden wäre, wie Konrad Haubmann im Berliner Tageblatt behauptete, und nach ihm andre Berliner Organe, so würde das zeigen, daß die Erkenntnis der gegenwärtigen Lage, die es klüger erscheinen läßt, diesen Verzicht auszusprechen, in die Regierungskreise gedrungen ist. Wie seinerzeit Bethmann Hollweg Schritt für Schritt in der Richtung zum Frieden vorwärtsgebrängt worden ist, so ist auch Michaelis jetzt zu dem Verzicht auf Belgien durch die Entwicklung der Verhältnisse gedrängt worden.

Ein deutscher Reichskanzler, der sowohl dem Willen zu Annexionen als aber auch der Lage und ihrer voraussetzlichen Entwicklung Rechnung tragen will, kann eben heute

keine andre Politik treiben als Bethmann Hollweg. Er wird ständig schwanken zwischen dem alldeutschen Eroberungswillen und dem durch politische Klugheit gebotenen Verständigungsfrieden. So stellt sich auch die Politik des Reichskanzlers Michaelis dar. Er hat durch seine Verantwortung der Papstnote den Mehrheitsparteien des Reichstages die Möglichkeit gegeben, ihn für sich zu reklamieren. Er weicht aber davor zurück, in der Plenarsitzung des Reichstages sich entweder zu dieser Auslegung zu bekennen oder sie zurückzuweisen. Er wird nicht wie Bethmann Hollweg eine zweideutige und auslegungsfähige Rede halten, sondern er wird zunächst überhaupt nicht reden. Wie der gewöhnlich gutunterrichtete Vertreter der Frankfurter Zeitung meldet, wird in der Budgetkommission des Reichstages die Regierung mit den Parteien des Reichstages verhandeln und daraus soll sich ergeben, „ob und inwieweit es notwendig und angebracht ist, die Friedenspolitik der Regierung, die in der Papstnote deutlich eingeschlagen ist, vor dem Reichstag im einzelnen näher zu begründen“.

Genau wie Bethmann Hollweg, will sich Michaelis die Hände freilassen. Er gibt sowohl den Mehrheitsparteien als auch den Alldeutschen Möglichkeiten, seine Politik als mit der ihren übereinstimmend zu betrachten, um sich je nach der Entwicklung der Situation nach der einen oder nach der andern Seite schlagen zu können. Der Verzicht auf Belgien würde, wenn er wirklich beschlossen sein sollte, bei dieser Politik nicht einer Wäage an alle Eroberungspläne gleichkommen. Möglich, daß Michaelis auch Litauen, Kurland und Livland nicht direkt dem Reich einzuverleiben gedenkt, sondern selbständige Staaten aus ihnen machen will. Wie nun, wenn er zugleich den Plan erwägen würde, diese unabhängigen Staaten in Personalunion mit Preußen zu bringen? Würde das nicht auch einer Eroberungspolitik gleichkommen? Gegen diese Pläne würden wahrscheinlich die Alldeutschen nichts einzuwenden haben. Ist es doch die Deutsche Zeitung, das alldeutsche Organ, gewesen, die empfohlen hat, den preussischen König zum König von Serbien und Polen zu machen.

Die Alldeutschen wollen freilich mehr als ein unabhängiges Kurland, Litauen und Livland, das mit Preußen durch Personalunion verbunden ist. Sie wollen die Verfügung über Belgien und Polen, sie streben nach der Welt Herrschaft Deutschlands. Daher ihr Mißfallen an der Politik des Kanzlers Michaelis, der eben nur nehmen will, was er wirklich erlangen kann.

Deutlicher aber als durch die Politik dieses Kanzlers und durch seine Antwort auf die Papstnote konnte nicht gezeigt werden, daß über die Geschichte des deutschen Volkes entschieden wird in einem Kronrat, den die Reichsverfassung nicht kennt, und auf den das Volk keinerlei verfassungsmäßigen Einfluß hat. Die Aussichten der Demokratie sind gering, wenn dieser Zustand nach dem Kriege fortzuauern wird. Sie sind erschwert, wenn die Pläne über die Angliederung der russischen Ostseeeprovinzen durch Personalunion verwirklicht werden würden. Die Pläne zur Zusammenfassung des kurländischen Landtages zeigen auf das deutlichste, daß dann in diesen Staaten von Demokratie keine Rede sein wird. Die Aufgabe der deutschen Demokratie aber wird wahrlich nicht erleichtert, wenn an der Ostgrenze Deutschlands an der Stelle des vergangenen zaristischen Rußlands Staaten entstehen, deren Verfassungsstände sich von denen des zaristischen Rußlands nur wenig unterscheiden.

Solche Aussichten eröffnet dem deutschen Volke die Stellungnahme der deutschen Regierung, die von den abhängigen Sozialisten stolz als Erfolg ihrer Politik gebucht wird. Wundervolle Aussichten!

Die Wirkung der deutschen Antwort.

Die heute vorliegenden Meldungen über die Aufnahme der deutschen Antwortnote in der ausländischen Presse geben im allgemeinen kein andres Bild, als man es gestern schon skizzieren konnte. Wesentlich ist die beifriedliche Aeußerung des Observatore Romano, des amtlichen Organs des Vatikans. Er hält dafür, die Antworten der Mittelmächte stehen einen Weg für einen Meinungsaustrausch zwischen den kriegsführenden Mächten offen. Auch in den besonderen Gebietsfragen seien die Antworten im Sinne einer grundsätzlichen Zustimmung zu den Vorschlägen des Papstes gehalten. In diesem Schluß kommt das Wort allerdings auf Grund einer etwas wackligen Konstruktion; es glaubt sie nämlich folgern zu können aus der Bezugnahme der deutschen Regierung auf die Friedenszielresolution der Reichstagsmehrheit. Dabei sagt es an

anderer Stelle, die Wünsche des Papstes seien, kurz gesagt, ein Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsverantwortlichkeiten gemäß der russischen Formel. Ueber den Unterschied zwischen dieser russischen Formel, die auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont, und der Friedenszielresolution der Reichstagsmehrheit geht das Blatt hinweg. Nebenbei teilt es noch mit, der Wortlaut der Noten sei wegen der Grenzverre der Schweiz noch nicht im Vatikan eingetroffen. — Bemerkenswert ist, daß der katholische Corriere d'Italia, der sich zuerst sehr enttäuscht erklärt hatte, weil die Noten nicht recht mit der Sprache herauskämen, sich jetzt hoffnungsvoller ausdrückt. Er meint, das letzte Wort sei noch nicht gesprochen, falls der Reichskanzler bei der Reichstagsöffnung weitere Erklärungen abgeben werde.

Erregung herrscht in Rußland. Es verrät sich in der dortigen Presse die Furcht, daß die Weltmächte auf Kosten Rußlands Frieden schließen könnten. Einige Blätter meinen, die aus dem Auslande nach Petersburg gedruckenen Gerüchte über Friedensverhandlungen, die neben der Aufnahme der deutschen Note in der Presse der verbündeten Länder den Grund zu ihrer Unzufriedenheit abgeben, würden anscheinend aus Deutschland verbreitet, das damit in Rußland Verwirrung anzurichten und auf die bevorstehende demokratische Konferenz einzuwirken denke. Die Rußkaja Wolska erklärt, die Deutschen würden sich indes mit solchen Erwartungen grausam täuschen, weil die demokratische Konferenz, welches auch ihre Haltung in den Fragen der inneren Politik sein werde, in den Friedens- und Kriegsproblemen unversöhnlich bleiben werde. Die Radokascha Gazeta, das Organ der rechtsstehenden Sozialisten, sagt, die russische Demokratie könne einen Frieden auf Kosten Rußlands nicht zulassen, denn er würde ein Triumph des Militarismus und die Niederlage des Proletariats bedeuten. Es gelte also die Kampfkraft des russischen Heeres zu stärken. Das Vertrauen der Rußkaja Wolska in die Haltung der demokratischen Konferenz wird übrigens nicht überall geteilt. Einige Blätter lassen durchblicken, für Rußland drohe Gefahr, wenn „unverantwortliche Leute“ — womit die Volkswelt gemeint sind — die Macht in die Hände bekämen; denn die Volkswelt wollten den Frieden um jeden Preis, auch wenn Rußland seine westlichen Provinzen aufgeben müßte. Sie werden dem Kongreß einen Antrag aller ihrer Verbände vorlegen, der von der Regierung die Aufnahme sofortiger Friedensverhandlungen fordert. Die Soldaten- und Arbeiterträte in Moskau, Kronstadt, Odessa und Nowo unterstügen diesen Antrag. Wenn die Volkswelt die Macht im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat zu beschaupfen vermüßen, so werden sie auf der demokratischen Konferenz jedenfalls ein starkes Gewicht in die Waagschale werfen können.

Der Corriere della Sera meldet aus Petersburg, die russische Regierung werde die Papstnote selbständig beantworten. Sie habe sich damit einem kriegsfeindlichen Druck des Arbeiter- und Soldatenrats gefügt.

Auch England hat mit den inneren Friedensströmungen ernsthaft zu rechnen; sowohl die Daily Mail wie die Morning Post fordern in ihren Betrachtungen über die deutsche Note, daß die Regierung energischer gegen die Friedensagitation vorgehe. Es handle sich um Aufreizung zum Streik und zur Sabotage, und jeden Monat verbreite der Londoner Arbeiterbund eine Schmähchrift zu tausenden. Beide Blätter lehnen die deutsche Note nachdrücklich rundweg ab; man dürfe Deutschland erst glauben, daß es Belgien freigegeben werde, wenn es das Land freiwillig geräumt habe oder aus ihm vertrieben sei. Die Versicherungen der deutschen Zeitungen erklärt die Daily Mail für vollständig wertlos, weil diese lediglich ein Stück Papier seien, auf dem das deutsche Beamten-tum schreibe, was ihm gefalle. Die deutschen Zeitungen würden ohne Scham für die Verbreitung amtlicher Lügen gebraucht, die sie druckten, ohne eine Kritik zu wagen.

Die liberalen Daily News zeigen dagegen eine gewisse Befriedigung; es sei von höchster Bedeutung, daß die größte Militärmacht der Welt sich mit der Begrenzung der Rüstung und mit internationalen Schiedsgerichten sich einverstanden erkläre. Aber es sei noch zweifelhaft, ob man Deutschland trauen könne, man habe schon viele Erklärungen gehört, die sich später als Scheinheiligkeit und Humbug erwiesen. Die Times erklärt, die Antwort vermeide, alle Hauptpunkte zu berühren, und enthalte kein Anzeichen für eine Annäherung an die bekannten Bedingungen der Verbündeten. Sie seien überzeugt, daß ohne Räumung der gesamten besetzten Gebiets der Vorschlag von Verhandlungen eine Finte sei. Das Blatt schließt: Wir wollen nicht unsre Bedingungen diskutieren; wir wollen kämpfen, bis wir sie bekommen. Ähnliche chauvinistische